



Kommentar

Vor harten Entscheidungen nicht wegducken

Wolfgang Ischinger

Fünf Jahre ist es nun her, dass Joachim Gauck auf der Münchner Sicherheitskonferenz forderte, Deutschland müsse auf der weltpolitischen Bühne „mehr Verantwortung“ übernehmen. Seither ist der Begriff Bestandteil des deutschen außenpolitischen Vokabulars geworden. Viel mehr Klarheit darüber, wie eine „verantwortungsvolle“ deutsche Außen- und Sicherheitspolitik auszusehen hat, wurde seither aber leider nicht erzielt.

Deutschland tut sich schwer mit den derzeitigen epochalen geopolitischen Veränderungen. Denn sie verlangen außenpolitische Festlegungen, die die Bundesregierung lieber vermeidet. Das von Deutschland bevorzugte Sowohl-als-auch – ja zu einer starken EU, aber nein zu mehr Geld für die EU, ja zu Nord Stream 2 und zu Solidarität mit der Ukraine, ja zur europäischen Rüstungsintegration und zu einseitigen Waffenexportstopps, ja zu strategischer Autonomie Europas und zu einer starken transatlantischen Allianz – erweist sich aber immer häufiger als weder erfolgreich noch glaubwürdig.

Unser verzweifelt festhalten am „Durchmogeln“ wird nirgendwo deutlicher als im Umgang mit dem Zwei-Prozent-Ziel der NATO. Mehr Sicherheit in einer veränderten Bedrohungslage? Ja, bitte! Aber möglichst ohne erhöhte Ausgaben oder gar mit Risiken verbundene Bundeswehreinsetze. Dass man sich nun als Ziel nur noch 1,5 Prozent vornimmt, statt der gemeinsam mit allen NATO-Partnern 2014 beschlossenen zwei Prozent, war der erste Versuch des Durchmogelns. Kurz vor der 70-Jahrfeier der NATO deuten sich nun sogar Zweifel an, ob zumindest das 1,5-Prozent-Ziel weiterhin erfüllbar ist. Das verursacht ein erhebliches Glaubwürdigkeitsproblem. Und dann wundern wir uns, warum der amerikanische Zorn sich mal wieder speziell gegen Deutschland richtet.

Dabei geht es hier ausdrücklich nicht darum, Trump einen Gefallen zu tun oder irgendwelchen Prozentzahlen hinterherzu-

rennen. Es geht darum, unsere Streitkräfte zu befähigen, durch Abschreckung Bevölkerung und Grenzen zu sichern und Krisen einzudämmen und zu bewältigen. Der Bundeswehr mangelt es aber allenthalben an Ressourcen und Fähigkeiten. Höhere Verteidigungsausgaben sind also bitter nötig. Gleichzeitig könnten wir die Budgetmittel für Verteidigung deutlich effizienter als bisher ausgeben: nämlich durch Zusammenlegen von militärischen Fähigkeiten und durch Beschaffung und Ausbildung gemeinsam mit unseren EU-Partnern.

Das aber verlangt strategische Festlegungen – und damit eine offene Auseinandersetzung mit Zielkonflikten. Ein regelmäßig verfasstes Weißbuch könnte hierzu einen wichtigen Anstoß leisten. Statt wie bisher in langen Intervallen sollte sich die Bundesregierung vornehmen, in jeder Legislaturperiode ein solches sicherheits- und verteidigungspolitisches Grundlagendokument vorzulegen. Und auch der Bundestag sollte sich mit dem Weißbuch-Thema befassen – mindestens einmal jährlich.

Damit ist ein weiteres Problem deutscher Außenpolitik benannt: Deutschland mangelt es an einem Instrumentarium, um seine Außen-, Europa- und Verteidigungspolitik effektiv zu koordinieren. Immer wieder passiert es, dass die Bundesregierung mit unterschiedlichen Meinungen aufwartet, je nachdem, welcher Teil der Regierung, welches Ministerium sich gerade äußert. So brachte im Juni 2018 Kanzlerin Merkel einen Europäischen Sicherheitsrat ins Gespräch. Sie reagierte damit auf die europapolitischen Vorschläge Präsident Macrons. Das Problem: Von dem Vorstoß wusste ihr eigenes Außenministerium nichts. Zwei Monate später regte Außenminister Maas an, ein unabhängiges Swift-System aufzubauen, um die europäische Autonomie angesichts wachsenden amerikanischen Drucks in Sachen Iran zu stärken. Merkel verwarf die Idee umgehend, die nicht mit ihr abgestimmt gewesen sei. Und noch ein-

mal drei Monate später schlug Vizekanzler Scholz, ebenfalls im Alleingang und ohne Abstimmung mit Paris, vor, den französischen Sitz im UN-Sicherheitsrat in einen europäischen Sitz zu verwandeln. Die Initiative löste unter Experten Kopfschütteln, in Frankreich Verärgerung, ja Empörung aus. Durch derartiges uneinheitliches Auftreten verringern wir aber nicht nur unser eigenes außenpolitisches Gewicht. Wir schwächen auch genau die Allianzen und Organisationen, auf die wir in Zeiten zunehmender Großmachtrivalitäten immer stärker angewiesen sind, nämlich EU und NATO. Die Bundesregierung braucht ein Disziplinierungsinstrument, das hilft, eklatante Abstimmungsfehler zu reduzieren. Mit dem Bundessicherheitsrat haben wir ein solches Instrumentarium – es wird nur nicht genutzt. Der Bundessicherheitsrat sollte zu einem umfassenden Koordinierungsgremium ausgebaut werden, das regelmäßig auf verschiedenen Ebenen tagt und Entscheidungen vorbereitet. Die dort erarbeiteten Positionspapiere und Beschlussvorschläge würden dann auf der Ebene Bundeskanzler und Minister vereinbart, also „abgesegnet“. In Washington, Paris und London wird längst genauso koordiniert und abgestimmt. Professionalität und Zusammengehörigkeitsgefühl der Regierung würden gestärkt. Die Geschäftsordnung des Bundessicherheitsrats sieht das übrigens alles vor – man muss sie nur ganz einfach anwenden. Natürlich wären damit Alleingänge in einer Koalition nicht komplett ausgeschlossen – aber Berlin hätte dann klarere und bindende Leitlinien für die Ressorts.

Die Herausforderung der kommenden Jahre wird es sein, sich vor harten Entscheidungen nicht wegzuducken, diese in einem mit allen relevanten Ressorts abgestimmten Prozess zu fällen und anschließend geschlossen nach außen zu vertreten. Das wäre dann tatsächlich verantwortungsvoll.

Wolfgang Ischinger ist Vorsitzender der Münchner Sicherheitskonferenz.